

Rede



Festveranstaltung im Rahmen der Jahresversammlung der DFG am 5. Juli 2016 in Mainz

Professor Dr. Peter Strohschneider; Präsident der DFG

Es gilt das gesprochene Wort!

Mainz, Favorite Parkhotel

Dienstag, 5. Juli 2016

Deutsche Forschungsgemeinschaft

Kennedyallee 40 · 53175 Bonn · Postanschrift: 53170 Bonn

Telefon: + 49 228 885-1 · Telefax: + 49 228 885-2777 · postmaster@dfg.de · www.dfg.de

DFG

Meine Damen und Herren, verehrte Gäste,

Europa wandelt sich. Und dieser Wandel ist vermutlich weit umfassender und tiefgreifender als jene Geschehnisse, die ihn, wie das Brexit-Referendum oder die österreichische Präsidentschaftswahl, auf der Vorderbühne der politischen Peripetien indizieren. Die Dimensionen und Implikationen dieses Wandels drohen die Analysekapazitäten der Zeitgenossen zu überfordern. Sie werden gewiss auch die Wissenschaften sowie Wissenschaftsförderung und Wissenschaftspolitik betreffen. Und sie sind in einer Weise turbulent, dass sich die ganz großen Fragen kaum umgehen lassen:

Wie wird es weitergehen mit Europa? Und wie mit seiner Wissenschaft, mit den europäischen Bildungs- und Forschungsräumen? Können – und wenn ja: was können die Wissenschaften dazu beitragen, die Integration Europas zu einem weltoffenen, toleranten, friedlichen Kontinent zu befördern, der seine kulturelle Vielfalt als Voraussetzung von Lebensqualität, Legitimität und bürgerlichen Freiheiten versteht? Und als Voraussetzung sehr guter, produktiver Forschung! In welcher Gesellschaft also wollen wir leben?

Antworten auf derartige Fragen waren für lange Zeit vielleicht nicht gänzlich unstrittig, aber doch klar. Zwei Weltkriege und die Erfahrungen von Shoa und industriellem Massenmord hatten die Gründerväter – und die wenigen Gründermütter – der alten Bundesrepublik davon überzeugt, dass die Gesellschaft als demokratischer Rechtsstaat geordnet werden müsse, fundiert und legitimiert durch das Grundgesetz und alsbald eingebettet in Strukturen des europäischen Zusammenwirkens, die auf Ausweitung und Verdichtung hin angelegt waren.

Die Tragfähigkeit dieser Ordnung erwies sich nicht allein über alle Zäsuren der bundesrepublikanischen Geschichte hinweg bis hin zur Wiedervereinigung und in die größer gewordene Europäische Union hinein. Sie bewährte sich auch an der historischen Erfahrung fortschreitender Differenzierung und Pluralisierung der Gesellschaft. Das International-, dann das Globalwerden vieler ökonomischer, technischer, sozialer, politischer und kultureller Bezugsordnungen öffnete die Gesellschaft nach außen und machte sie auch im Innern immer komplexer. Markante Beispiele sind die Migrationspolitik und die großen Einwanderungsströme seit den 1950er Jahren, mehr noch womöglich die Expansion, enorme Differenzierung und auch Internationalisierung der Wissenschaften, die tiefgreifend zur gesellschaftlichen Modernisierung beitragen und das Gemeinwesen längst in eine Wissenschaftsgesellschaft transformiert haben.

Moderne Wissenschaftsgesellschaften indes sind pluralistische Gesellschaften. Sie sind durch eine unübersichtliche Vielzahl von Teilsystemen, Soziallagen, Wissensordnungen oder Sinnwelten gekennzeichnet. Und zwar in wachsendem Maße, so dass in diesem Pluralismus

für die Einzelnen immer auch eine Zumutung stecken kann. Man muss einsehen – und zwar nicht erst in fremden Welten, sondern bereits im eigenen sozialen Nahbereich –, dass andere andere Weltverhältnisse pflegen; dass eigene kulturelle Selbstverständlichkeiten von anderen nicht geteilt werden oder ihnen fremd sind. Man kommt nicht umhin zu bemerken, dass wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Wissensformen miteinander konkurrieren. Und dass die Wissenschaften ihrerseits eine in immer neue Spezialbereiche sich auffächernde, eine hochgradig heterogene und vielstimmige Ordnung sind.

Pluralisierung geht also einher mit der Zumutung einer, wie Navid Kermani das einmal nannte, „Einübung ins Fremde“. Unentwegt sind dabei Irritationen, Ungewissheit, Unkenntnis zu verarbeiten. Das ist anstrengend und kostet soziale, intellektuelle, psychische Energie. Doch eine freie und friedliche Gesellschaft –erst recht eine moderne Wissenschaftsgesellschaft – ist nicht zu haben ohne diese anstrengende Zumutung, die ihrerseits eine der großen zivilisatorischen Errungenschaften des modernen Europa darstellt.

Seit den religiösen Bürgerkriegen der frühen Neuzeit ist diese Errungenschaft in jahrhundertlangen, windungs- und opferreichen Kämpfen erstritten worden. Wir waren versucht, sie für selbstverständlich zu halten. In Wahrheit muss sie unentwegt neu verteidigt werden, gegenwärtig ganz besonders:

Überall in Europa machen sich neu-alte Nationalismen in einer Weise breit, die noch vor wenigen Jahren nur schwer vorstellbar gewesen wäre. Quer durch die europäischen Gesellschaften prägen rechtsradikale Xenophobie und ein längst überwunden geglaubter europafeindlicher Ethnizismus die öffentliche Stimmungslage. Unterdessen trachtet nicht nur in der Türkei oder in Russland, sondern auch mitten in der Europäischen Union, in Ungarn oder Polen ein populistisch autoritärer Caesarismus die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen zu kapern und arbeitet er zugleich an der Erosion demokratischer Verfassungsstaatlichkeit. Dabei wäre es gewiss naiv anzunehmen, dass etwa die Gesellschaft der Bundesrepublik gegenüber solchen Bestrebungen gefeit sei.

Und wie auf nationaler so auf europäischer Ebene: Die Binnenspannungen sind unübersehbar, die Zentrifugalkräfte werden stärker. Das Brexit-Referendum ist ja lediglich der schockierende (bisherige) Höhepunkt der Krise. Die Legitimitätsschwäche der Europäischen Union ist unverkennbar, und ihre Handlungsschwäche auch: Man tut sich überaus schwer damit, Verantwortung für die Flüchtlingskrise zu definieren und eine gemeinsame Antwort auf sie zu finden. Die Staatsschuldenkrise ist unterdessen keineswegs wie von selbst verschwunden. Und überdies igeln sich Kommission und Administration in Brüssel in einem zusehends reduktionistischen, einem bloß ökonomistischen Konzept dessen ein, was das vereinte Europa sei.

Die Idee einer breit legitimierten, pluralistischen, integrativen Union wird da bloß noch als Angriff von außen wahrgenommen; so hat jüngst (5.7.2016) die Handelskommissarin Cecilia Malmström die Konzession, ein Handelsabkommen mit Kanada trotz gegenteiliger Rechtsauffassung der Kommission aus politischen Gründen gleichwohl auch den Mitgliedstaaten zur Beschlussfassung vorzulegen, verbunden mit der Aufforderung an diese, „to defend [sic] it [the treaty] vis a vis the parliaments and the citizens“.

Diese blasse Technokratie wähnt sich im Verteidigungskrieg gegen die repräsentativen Demokratien der Mitgliedsstaaten. Sie hinterlässt ein Vakuum an kulturell gehaltvollen Bedeutungen, und in dieses stoßen über den gesamten Kontinent hinweg jene Populismen vor, welche – mit fehlgeleiteten und in die Irre führenden Simplifikationen – die Komplexität der modernen wissenschaftlichen Zivilisation unterlaufen und ihren Zumutungen aus dem Wege gehen wollen. Bestimmend wird im öffentlichen Raum das Ressentiment – gegenüber fremdem Aussehen, fremdem Wissen und fremdem Glauben, gegen Eliten und Experten (auch die der Wissenschaft), gegen die umständlichen Legitimierungsverfahren der repräsentativen Demokratie.

Mit dem Ressentiment verbindet sich allerdings ein doppeltes argumentatives Muster. Die Populismen stellen erstens ‚Volk‘ nicht als demos, sondern als ethnos, also als ethnische oder religiöse oder gar, wie neuerdings der türkische Staatspräsident, als Einheit des Blutes vor – jedenfalls, und gegen jede Evidenz, als eine homogene Größe. Und zweitens – der Kampf um das polnische Verfassungsgericht ist dafür lediglich das nächstliegende Beispiel – beanspruchen sie diesen homogenen ethnos als Quelle einer Legitimität, die über Verfassung und Gesetz stehe.

Dieserart entkoppeln die Populismen Souveränität und verfassungsmäßige Ordnung. Konstitutionelle Demokratie droht zu einer Art von Ethnokratie pervertiert zu werden, einem Herrschaftstyp, dem die Instanzen des demokratischen Verfassungsstaats – wie in den Rhetoriken der späten Weimarer Republik – nichts mehr sind als eben „herrschendes System“, „Altparteien“ oder „Lügenpresse“. Demagogie kann ziemlich direkt in Verfassungskrisen umschlagen. Wie direkt, das steht seit dem Brexit-Referendum wieder deutlich vor Augen.

Dieser Wandel der politischen Diskurslagen ist rasant. Und er ist erschreckend. Es lohnt also jede Anstrengung, ihm die Offenheit republikanischer Verfassungsordnung und die europäische Kraft der gesellschaftlichen Vielfalt entgegenzusetzen.

Was aber haben der technokratische Reduktionismus, was der die Verfassungskrise in Kauf nehmende Populismus mit der Wissenschaft zu tun? Ich meine: Geradezu alles! Denn sie

negieren sie: Ohne Neugier auf das, was ich noch nicht kenne oder weiß, ohne die Erwartung, dass neue Entdeckungen oder überraschende Einsichten meine Erwartungen durchbrechen würden, sind die Prozesse wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion nicht denkbar. Forschung ist geradezu programmatisch darauf angelegt, in Frage zu stellen, was wir über die natürliche wie über die kulturelle Welt jeweils zu wissen meinen.

Wie anders sollte neues Wissen in die Welt kommen können? Nur eine Gesellschaft, die bereit ist, sich durch das Andere, Unbekannte, ja Fremde irritieren zu lassen, kann und darf von Wissenschaft und Forschung die stete Erneuerung ihres Wissens erwarten – also: Innovationen. Eben deswegen sind, umgekehrt, Wissenschaft und Forschung pluralistische Veranstaltungen. Eben deswegen sind technokratische Uniformität und autoritär populistische Schließungen von Gesellschaft eine Gefährdung guter Wissenschaft; wie unmittelbar diese Gefährdung ist, das zeigen derzeit besonders eindringlich die Verfolgung tausender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Türkei oder die Unruhen an den indischen Universitäten.

Wie sollte wissenschaftliches Forschen denn gut gelingen können in sozialen Kontexten, da intellektuelle Abweichung zum Vergehen erklärt wird, und die Scheingewissheit grobschlächtiger Weltbilder an die Stelle höchst komplexer Wissensansprüche tritt? Sehr kurz ist der Weg von populistischer Ignoranz zu aggressiver Wissenschaftsfeindlichkeit, drapiere diese sich auch (wie bei Silvio Berlusconi oder Donald Trump) mit den jeweils neuesten technischen gadgets.

Es sind also in der modernen technischen Zivilisation die Fragen der Gesellschaft höchst direkt zugleich Fragen der Wissenschaft, ihrer Freiheit und ihrer Produktivität. Als normative Fragen lassen sie sich freilich wissenschaftlich nicht entscheiden. Dass sie für die Wissenschaft belanglos wären, heißt das allerdings keineswegs.

Dabei wäre es gewiss naiv zu meinen, Wissenschaft selbst könne Populismen eindämmen oder verhindern; das muss die Bürgergesellschaft schon selbst machen. Wohl aber können Forschung und akademisches Studium als in der Wissenschaftsgesellschaft weithin sich ausbreitende Praxis ihren Teil dazu beitragen, in eine Haltung der Offenheit gegenüber dem Unvertrauten einzuüben, in die neugierige Bereitschaft, sich von fremdem Wissen produktiv irritieren zu lassen. Das ist vielleicht nicht viel, nichts aber ist es nicht. Es ist jenes unabschließbare Vorhaben, das einmal den stolzen Namen ‚Aufklärung‘ trug.

Mit ihm ist indes die Idee moderner Wissenschaft noch immer verbunden. Nur mit neugieriger Offenheit kann sie neue Einsichten über die und Handlungsoptionen in der Welt produzieren. Nur so kann sie dazu beitragen, dass die Gesellschaft Anderes und Besseres über

sich, über ihre Herkunft wie ihre Zukunft weiß als jene Ressentiments, die sich in den Endlosschleifen der Talkshows oder den Erregungswellen der social media unentwegt selbst bestätigen: Was wüssten wir ohne moderne Wissenschaft schon über Voraussetzungen und Funktionieren gesellschaftlichen Zusammenlebens? Was über den Klimawandel? Wie sollte die Gesellschaft ohne Wissenschaft überhaupt mit den Zumutungen ihres strukturellen Pluralismus und den Anforderungen einer immer komplexer werdenden Welt umgehen können?

Des enormen Gewichts moderner Wissenschaften sind wir gewiss. Freilich: Sie bleiben an Voraussetzungen gebunden, die sich keineswegs von selbst verstehen. Die vermutlich entscheidende ist dabei, dass auch auf der Ebene der Forschungs- und Wissenschaftssysteme selbst der strukturelle Pluralismus der Institutionalisierungs- und Finanzierungsformen von Wissenschaft ebenso gewährleistet und gepflegt wird wie der intellektuelle Pluralismus der Denkstile, der Problem- und Theoriehorizonte, der Erkenntnistraditionen und Forschungspraxen. Neues Wissen, also die Umordnung der gegebenen Wissensbestände, setzt immer auch kognitive Unordnung voraus. Keine gute Forschung daher ohne wissenschaftskulturelle Diversität!

Und dies führt nun wieder zurück nach Europa und zu seiner aktuellen Wissenschaftspolitik. Diese setzt nämlich auf ein gänzlich utilitaristisches Konzept der Vereinheitlichung. Sie schränkt Forschung immer stärker auf „real solutions“ für „real problems“ ein, wie der zuständige EU-Kommissar Carlos Moedas das formulierte, und sie bereitet so den Boden dafür, dass sich auch in den Institutionen der europäischen Wissenschaft und Forschung jener ökonomistische Reduktionismus einnisten kann, von dem weiter oben die Rede war.

So droht diese Politik jene Prinzipien preiszugeben, welche sie für „traditional constraints“ hält, welche indes in den zurückliegenden Jahrzehnten tatsächlich Europas wissenschaftliche Leistungskraft und Innovationsfähigkeit gerade begründet hatten: den Pluralismus der wissenschaftlichen Horizonte, Methoden, Themen und Ansätze, die Spannung von „Wahrheit und Nützlichkeit“ (David Kaldewey) der Forschung, die Unabhängigkeit gegenüber direkten wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen oder ideologischen Vorgaben.

Tut die europäische Forschungspolitik wirklich gut daran, impact-orientierte Forschung gegen wissenschaftliche Neugier auszuspielen und so die vielfältigen und enormen gesellschaftlichen Funktionen von Wissenschaft dramatisch zu unterschätzen? Societal impact in der Forschungspolitik: Das ist in der Regel ja nichts anderes als eine impact-Erwartung, die, wie jede Erwartung, unsicher bleibt. Sie ist legitim und wichtig, wo Forschung auf klar definierte gesellschaftliche Problemvorgaben hin direkte Lösungen zu erarbeiten sucht. Doch

diese Erwartung zum Kriterium der Forschungsförderung überhaupt zu hypostasieren würde die gesellschaftliche Leistungsfähigkeit moderner Wissenschaft massiv beschränken.

Nicht weniger falsch wäre es, europäische Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung auf technologische Innovativitätssubventionierung und regionale Strukturpolitik engzuführen. Vielmehr käme gerade in der gegenwärtigen Lage alles darauf an, auch in Wissenschaft und Forschung den kulturellen und intellektuellen Reichtum der europäischen Gesellschaften zur Geltung zu bringen und eben auf diese Weise die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Funktionalitäten moderner Wissenschaft zu entfalten.

Dies setzt sodann allerdings voraus, dass, auch in der Wissenschafts- und Forschungspolitik, die Europäische Union gegenüber den nationalen Ordnungen subsidiär ist (und bleibt) – nicht umgekehrt. Oder ganz konkret: Fördersysteme müssen auf nationaler wie auf europäischer Ebene – und im Verhältnis der beiden zueinander – komplementär angelegt sein. Sie haben der Idee eines gemeinsamen europäischen Forschungsraumes zu folgen, welcher nicht den Abbau wissenschafts- und forschungskultureller Optionen in Kauf nimmt, sondern vielmehr Wirkungskraft und Wirkungsreichtum moderner Forschung steigert.

Worum es also geht, das ist die Idee eines Europas, das auch in der Forschungsförderung auf die integrative „Kraft des Pluralismus“ (Rudolf Stichweh) setzt, auf die intellektuelle und wissenschaftskulturelle Vielfalt Europas, ohne welche die wahrhaft weltumgestaltende Wirksamkeit europäischer Wissenschaft undenkbar wäre.

An einer solchen Europäisierung der Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung wäre zu arbeiten. Sie würde nicht zuletzt ein Beitrag dazu sein können, jene Legitimationsschwäche zu beheben, die in der aktuellen Krise Europas unübersehbar geworden ist.

Eingangs hatte ich gefragt, in welcher Gesellschaft wir leben und Wissenschaft betreiben wollen. Diese Frage ist freilich nach wie vor offen. Immerhin erinnert sie hieran: Der friedliche Zusammenhalt Europas, der demokratische Verfassungsstaat, die neugierige Offenheit gegenüber der unabsehbaren Vielfalt von Weltsachverhalten und schließlich der „strukturelle Pluralismus“ (Hans-Georg Soeffner) der europäischen Wissenschaftskulturen – all dies ist weder voneinander zu trennen noch versteht es sich von selbst. Vielmehr muss man es energisch pflegen. Und gegebenenfalls zäh verteidigen – zum Besten einer freien und aufregenden Wissenschaft und Forschung sowie zum Besten einer offenen Gesellschaft, welche diese Wissenschaft zu ihrem eigenen Wohle unterhält.

Vielen Dank!